



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

22. September 2023
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Eine Klimakatastrophe nach der anderen: Der Kapitalismus bedroht unser Leben!

Der jetzige Sommer hat uns auf erschreckende Weise die Folgen des Klimawandels vor Augen geführt. Sengende Hitze von fast 50 Grad von Südeuropa bis Kanada hat die Wälder ausgetrocknet und sie wortwörtlich in Flammen aufgehen lassen. Dieselbe Hitze hat so viel Wasser verdunsten lassen, dass es anschließend in extremen Regenfällen wieder auf die Erde prasselte und zu großflächigen Überschwemmungen führte.

Viele unserer griechischen Arbeitskolleg*innen mussten erfahren, dass Verwandte von ihnen alles verloren haben: durch Feuersbrünste oder fast ebenso zerstörerische Wassermassen.

Wie viel davon hätte verhindert werden können, wenn nicht alles dramatisch gefehlt hätte: Löschfahrzeuge, Förster und 4.500 Feuerwehrleute! Doch in ihrer kurzsichtigen Profitlogik haben die Banken und die EU den griechischen Staat seit der Euro-Krise 2011 gezwungen, all diese Infrastruktur kaputtzusparen.

In den ärmeren Ländern sind die Folgen noch viel verheerender. In Libyen sind bis zu 20.000 Menschen in den reißenden Wassermassen umgekommen, weil durch die Regenfälle zwei völlig marode Staudämme gebrochen sind. Und wie viele werden noch sterben, weil es kaum Medikamente, Kliniken und Trinkwasser gibt?

Libyen ist ausgeblutet durch einen Bürgerkrieg, der begann, als Frankreich, Großbritannien und die USA 2011 das ölfreiche Libyen bombardiert und verfeindete Milizen finanziert haben, um den unbequemen Herrscher Gaddafi zu stürzen. Seitdem herrscht in Libyen Chaos und Verfall. Verfeindete Milizen kontrollieren jeweils Teile des Landes. Und sie werden bis heute wegen des Öls von den EU-Staaten finanziell unterstützt – und weil die Milizen Flüchtlinge aufhalten und einsperren, die nach Europa wollen.

Die hohe Zahl an Opfern ist also auch eine Folge der Machenschaften der westlichen Staaten.

Das kapitalistische System, das für den Profit der Konzerne alles Lebenswichtige kaputtspart oder ganz zerrüttet, verschlimmert die Folgen der Naturkatastrophen dramatisch. Und es ist vollkommen unfähig, ihre Ursache – die immer bedrohlichere Erwärmung der Erde – zu bekämpfen.

Zwar halten die Staatschefs eine Klimarede nach der anderen. Und jedes Geldgeschenk an die Konzerne und jedes arbeiterfeindliche Gesetz erhält nun das Etikett „für den Klimaschutz“. Sogar Börsenspekulationen und Panzer bekommen das Etikett „klimafreundlich“.

Doch um den Klimawandel wirklich zu bekämpfen, müssten die Regierenden weltweit an einem Strang ziehen. Dazu aber sind sie vollkommen unfähig. Denn jede Regierung versucht, bei allen Abkommen die Interessen ihrer Konzerne zu sichern. Doch die stehen in Konkurrenz zu den Konzernen anderer Länder. Denn jeder will für seine Aktionären kurzfristig möglichst viel Gewinn.

Das Ergebnis ist, dass die USA und Kanada genau in dem Moment, in dem ihre Wälder in Flammen aufgehen, die Förderung von Öl und Gas durch Fracking ausweiten.

Ihre Konkurrenten in Europa wollen natürlich nicht zurückstehen. Während die Pol-Kappen aufgrund der Erderwärmung bedrohlich schnell schmelzen, beginnen sie nun, die riesigen Öl- und Gasvorkommen zu fördern, die unter dem geschmolzenen Eis lagern. Was der norwegische Staat und die EU ihnen natürlich erlauben.

Das ist Wahnsinn! Doch Konkurrenz und Profitlogik sind die unumstößlichen Gesetze, nach denen die kapitalistische Wirtschaftsordnung „funktioniert“. Und deshalb können die Herrschenden nicht anders als weitermachen, obwohl sie damit ihre eigene Lebensgrundlage zerstören.

Immer mehr Gebiete verschwinden bereits unter dem ansteigenden Meeresspiegel oder verwandeln sich in Wüsten.

Und wenn die Verbrennung fossiler Energien in dem Tempo weitergeht, droht der Lebensraum von 2 bis 3 Milliarden Menschen in den nächsten 30 Jahren unbewohnbar zu werden. 2-3 Milliarden Menschen, die dann in andere Gegenden der Welt fliehen müssen.

Allein das macht deutlich, wie absurd die Propaganda all jener ist, die behaupten, man könne Flucht und Migration begrenzen oder gar verhindern.

Schon heute treiben Dürren, Hungersnöte und all das vom Kapitalismus verursachte Elend immer mehr Menschen in die Flucht. Und diese sind so verzweifelt, dass kein Stacheldraht, keine bis an die Zähne bewaffnete Grenzpolizei, ja nicht einmal ein Erschießungskommando wie an der Grenze zu Saudi-Arabien sie davon abhält, alles zu versuchen, um dem Elend zu entfliehen.

Um all die drängenden Probleme der Menschheit zu bekämpfen, müssen wir das Übel an der Wurzel packen. Wir Arbeitenden müssen den Kapitalisten die Konzerne wegnehmen und sie in Gemeinschaftseigentum überführen. Nur so können wir die Konkurrenz und die Profitlogik beenden und die Wirtschaft rational und weitsichtig planen, nach den Bedürfnissen der Menschen UND der Umwelt.

Dies zu erkämpfen, ist eine große Herausforderung. Doch es nicht zu versuchen, ist lebensgefährlich. Was gerade in Griechenland passiert, führt es uns vor Augen. Trotz der Waldbrände kauft die Regierung dort nicht etwa die so dramatisch fehlenden Lösch-Flugzeuge, sondern (auf Drängen der NATO)... neue F-35-Kampffjets! Statt wenigstens die Folgen der Klimakrise bekämpfen zu wollen, bereiten sich die Herrschenden darauf vor, die Welt selber – mit neuen Kriegen – in Brand zu stecken.

Wenn wir das verhindern wollen, haben wir keine Wahl: Dann müssen wir Arbeitenden den Herrschenden die Macht weg- und die Dinge selber in die Hand nehmen.

Im notwendigen Kampf für höhere Löhne, mehr Kitaplätze und Wohnungen sind die Geflüchteten wichtige Verbündete!

Seit es letzte Woche einige tausend Geflüchtete in Holzbooten auf die italienische Insel Lampedusa geschafft haben, zetern die Herrschenden Europas erneut über die angebliche „Invasion“ und „Bedrohung“ durch die Geflüchteten. Welch zynische Verdrehung der Tatsachen!

Die Herrschenden und ihr Wirtschaftssystem machen immer größere Teile der Erde unbewohnbar: durch ihre Kriege, den Klimawandel oder dadurch, dass Börsenspekulationen auf Getreide zu Hungersnöten führen. Sie sind es, die uns bedrohen – und nicht die Opfer ihres Systems, die vor den barbarischen Folgen zu fliehen versuchen.

Die angebliche „Invasion“ sind gerade mal 11.000 Menschen, die nur deshalb alle innerhalb so kurzer Zeit nach Lampedusa kamen, weil sie die letzte Chance genutzt haben, bevor das Wetter im Herbst und Winter eine Flucht über das Meer für viele Monate unmöglich macht.

Das ist jedes Jahr so. Doch diesmal hat die italienische Regierung tagelang gewartet, bevor sie die Geflüchteten von der kleinen Insel auf das Festland gebracht oder auch nur mit Trinkwasser und Nahrung versorgt hat. Nur dadurch ist die Lage auf der Insel so unerträglich geworden, für die Geflüchteten wie für die örtliche Bevölkerung.

Italiens rechtsextreme Regierung war angetreten mit dem einen Wahlversprechen, die Migration zu stoppen. Die Ereignisse auf Lampedusa zeigen, was das Ergebnis ihrer Politik ist.

Die italienische Regierung hat systematisch die Hilfsorganisationen und Freiwilligen, die schiffbrüchige Geflüchtete vor dem Ertrinken gerettet haben, verfolgt und vor Gericht gestellt. Sie hat noch mehr Grenzpolizei eingesetzt, um zu verhindern, dass die Boote mit Geflüchteten an Land kommen – auch wenn sie die Menschen auf den Booten damit wissentlich in den Tod geschickt haben. Sie hat alles getan, um in der Bevölkerung Hass gegen die Geflüchteten zu schüren.

Diese Politik hat die Stimmung in Betrieben und Stadtteilen verpestet. Die Migra-

tion aber hat sie nicht gestoppt. Denn Lampedusa liegt weiterhin nur 170 km von der Grenze zu Afrika entfernt. Und solange der Kapitalismus so viel Elend und Barbarei auf der Welt anrichtet, werden weiter Menschen fliehen.



Streik für mehr Lohn bei Amazon: Nur zusammen sind wir stark!

Wir Arbeitenden können nur verlieren, wenn wir glauben, dass die widerliche Politik der Regierenden gegen die (neuen und schon länger hier lebenden) Migranten in unserem Interesse gemacht würde. Die Regierenden machen nie Politik für die einfache Bevölkerung. Morgen werden viele dieser Geflüchteten unsere Arbeitskollegen und Nachbarn sein. Wir Arbeitenden brauchen daher unsere eigene Politik – zusammen mit denen, die neu zur Arbeiterklasse in unserem Land stoßen.

Auch in Deutschland stürzen sich insbesondere CDU und AfD auf die Ereignisse in Lampedusa. Schließlich sind bald Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Lautstark fordern sie eine „Obergrenze“ für Geflüchtete und systematische Grenzkontrollen. Sie wissen genau, dass dies Blödsinn ist.

Systematische Grenzkontrollen (wie es sie kurz bei Corona gab) würden alle Lieferketten innerhalb weniger Tage zusammenbrechen lassen und zahllose Menschen aufhalten, die auf der anderen Seite der Grenze arbeiten. Die Migration aber würden sie genauso wenig aufhalten wie in Italien oder den USA. Dort gibt es überall Grenzkontrollen, teilweise sogar eine Mauer zu Mexiko. Doch die Verzweiflung der Flüchtenden überwindet alle Grenzen.

Und in Wahrheit brauchen die Herrschenden die Migranten und ihre unsichere Lage: Wer würde schließlich sonst die härtesten und schlecht bezahltesten Arbeiten machen, in den Pflegeheimen, Paketdiensten, Reinigungsfirmen, auf dem Bau?

Mit ihrer billigen Wahlpropaganda gegen die Geflüchteten versuchen AfD und CDU (und ebenso die Regierungs-Parteien), uns Arbeitende von den wahren Verantwortlichen für unsere Probleme abzulenken.

Sie behaupten, man müsse die Migration einschränken, weil es nicht genug Wohnungen, Kita-Plätze und Geld gäbe. Als wären die Geflüchteten schuld am Wohnungsmangel!

Vonovia hat gerade verkündet, dass sie den geplanten Bau von 60.000 Wohnungen in diesem Jahr gestoppt hat

– einfach deshalb, weil sie wegen der gestiegenen Preise zu wenig Gewinn mit ihnen machen würde. Und schon all die Jahre vorher haben alle Immobilienkonzerne viel zu wenig bezahlbare Wohnungen gebaut. Diese Konzerne haben den Mangel verursacht, sie muss man zwingen zu bauen. Dann gibt es auch genug Wohnungen für uns alle.

Und auch Kita-Plätze, Schulen und Geld gibt es für uns alle schon seit Jahren zu wenig. Und zwar nicht wegen der Geflüchteten, sondern weil alle Regierungen das Geld an die Großkonzerne und Reichen verschenken. Allein seit Anfang Juli haben die Konzerne erneut 25 Milliarden Euro an „Hilfen“ bekommen. Nun kommen noch die 100 Milliarden für die Aufrüstung dazu. Hier müssen wir Arbeitenden uns das Geld holen, für Kitas, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen für uns alle.

Egal woher wir kommen und seit wann wir in Deutschland leben: Wir alle sind betroffen von den niedrigen Löhnen, den steigenden Preisen, den fehlenden Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen. Und für alle diese Probleme ist die kapitalistische Klasse verantwortlich.

Sie aber ist mächtig, weil sie das Geld und die Betriebe besitzt. Umso mehr können wir Arbeitenden nur dann unsere Interessen gegen sie durchsetzen, wenn wir zusammenhalten. Wenn wir diejenigen, die hierhin fliehen, als unsere zukünftigen Arbeitskollegen und Nachbarn empfangen, als unsere Verbündeten im Kampf gegen die herrschende Klasse, die überall die Welt in den Abgrund treibt.

Ukraine: Wie viele Tote pro Quadratmeter?

Der Krieg in der Ukraine hat bereits über eine halbe Million Soldaten getötet oder schwer verletzt, auf beiden Seiten. Und mit jeder neuen Offensive, mit jeder noch martialischeren Waffe werden weitere Leben vernichtet, weitere Landstriche zerstört und verseucht – in dem Versuch beider Armeen, einige wenige Meter Land zu gewinnen, nur um sie kurz darauf wieder zu verlieren.

Vor wenigen Tagen hat der ukrainische Generalstab stolz verkündet, ganze 2 Quadratkilometer Land erobert zu haben. Am selben Tag erklärte einer der Verantwortlichen für die Rekrutierung neuer Soldaten, dass „von 100, vor ei-



nem Jahr eingezogenen Soldaten nur noch 10 bis 20 an der Front sind. Die anderen sind tot, verletzt oder nicht mehr einsetzbar“. Mit dem Ergebnis, dass mittlerweile schon Männer mit Tuberkulose und Hepatitis an die Front geschickt werden. Und die Ukraine die Auslieferung aller ukrainischen Männer aus Polen, Österreich oder Deutschland fordert... um sie ebenfalls in den Tod zu schicken.

Genau in dieser Situation verkündet NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass wir uns darauf einstellen sollen, dass der Krieg noch lange weitergehe: weil die NATO vorhat, noch lange weiter

Waffen und Geld zu liefern, um diesen sinnlosen und menschenverschlingenden Stellungskrieg fortzusetzen. Denn weder die NATO-Großmächte noch das russische Regime sind bereit, ihren Kampf um Macht und Einfluss zu beenden, den sie sich in der Ukraine liefern – egal um welchen Preis.

Korruption und Profitgier: das wahre Gesicht des Krieges

In der Ukraine gibt es einen Korruptionsskandal in der Armee nach dem anderen. Oligarchen haben hohe Militärs geschmiert und teilweise den drei- oder vierfachen Preis für Essen, Winterkleidung oder Verbandszeug kassiert. Während sie sich bereichern, fehlt es den Soldaten an Kleidung oder sie verbluten, weil sie keine funktionierenden Ersthelfersets haben. Hohe Beamte des Verteidigungsministeriums stellen außerdem Untauglichkeitsbescheinigungen aus, wenn man ihnen genug dafür bezahlt – während mittellose Männer sogar krank an die Front geschickt werden. Kaum noch jemand meldet sich freiwillig. Fast alle müssen mittlerweile an die Front gezwungen werden.

In dem verzweiferten Versuch, das Bild der Regierung und des Krieges wieder aufzubessern, hat Präsident Selenskij den Verteidigungsminister entlassen und sogar den Oligarchen Kolomojskij verhaften lassen, der einst Selenskij Geldgeber war. Doch die Wahrheit lässt sich kaum noch verschleiern:

Die Menschen in der Ukraine kämpfen nicht für ihre Freiheit. Sie kämpfen und sterben für ein Regime, das für ihr Leben genauso viel Verachtung hat wie das russische Regime.

Sie führen Krieg für eine herrschende Clique von Oligarchen und Bürokraten, die das Leben der Soldaten opfert, um sich zu bereichern – und denen die ukrainischen Arbeitenden und Soldaten auch im Frieden weiter ausgeliefert sein werden. Und vor allem führen sie stellvertretend Krieg für die westlichen Großmächte und ihre Interessen.

Dies ist auch eine Lehre für uns alle: Egal mit welchen schönen Ausreden sie kommen, egal wie es auf den ersten Blick scheint: Die Herrschenden führen Kriege nie zu unserem Schutz oder zur Verteidigung unserer Freiheit – sondern für ihre Macht- und Geldinteressen.

Die Herrschenden, die im Frieden unsere Gegner sind, werden im Krieg nicht plötzlich unsere Verbündeten, sondern nur noch brutālere Ausbeuter und Unterdrücker.

Krankenhäuser in Essen: Der Kahlschlag geht weiter

Nach der Schließung der zwei Krankenhäuser im Essener Norden vor zwei Jahren hatte der katholische Krankenhaus-Konzern Contilia eigentlich versprochen, zumindest das letzte Krankenhaus im Essener Norden (das Philippusstift) umzubauen und zu erweitern – fast vollständig bezahlt durch knapp 100 Millionen Euro Fördergelder vom Staat.

Doch nun verkündet Contilia, dass die Bau-Kosten seit den Planungen um ein Fünftel gestiegen seien, aber weder Contilia noch der Staat dies bezahlen wollten... und dass daher bis zu einem Fünftel der Stationen und Behandlungen im neuen Krankenhaus gestrichen werden müssten!

Und wie soll das werden, wenn man einen Schlaganfall oder Nierenversagen hat? Soll man damit dann bis zur nächsten Woche warten, weil kein Behandlungsplatz in Essen mehr frei ist?

Bundeswehr sucht Kanonenfutter

Trotz all ihrer Werbe-Aktionen und der Propaganda des letzten Jahres findet die Bundeswehr immer weniger Menschen, die freiwillig Soldat werden. Die Regierung hat daher verkündet, dass sie jetzt gezielt um Frauen und Migranten werben will.

Migranten und Frauen sind diejenigen, die überall in der Gesellschaft diskriminiert werden, die schlechter bezahlte Jobs zu schlechteren Bedingungen bekommen, häufiger arbeitslos werden und oft Geringschätzung erfahren.

Die Bundeswehr will sie in ihrer Kampagne nun davon überzeugen, dass sie bei ihr wertgeschätzt würden. Sprich dass sie ganz „gleichberechtigt“ und „wertgeschätzt“... für die Interessen der Kapitalisten und der Regierung ihr Leben riskieren dürfen. Wie schön!

Zum Glück dürfte der Rassismus und die Frauenfeindlichkeit, die gerade in der Bundeswehr besonders tief verankert sind und offen gelebt werden, die meisten Frauen und Migranten vom Gegenteil überzeugen.

Kliniken, Kitas, Offener Ganztag: eine bewusst herbeigeführte Pleitewelle

Seit Anfang des Jahres haben bereits 50 Krankenhäuser in Deutschland Insolvenz angemeldet – fünfmal so viele wie im ganzen Jahr 2022. Und nun geht es bei einer Reihe Kitas und Offener Ganztags-Einrichtungen weiter, obwohl dort jetzt schon dramatisch viele Plätze fehlen.

Überall ist der Grund dafür, dass alles teurer geworden ist: Energie, Verbrauchsmaterialien, Essen. Doch anders als bei Schulen oder Behörden werden diese Kosten nicht direkt vom Staat bezahlt. Denn der Staat hat alle diese Aufgaben zum Beispiel an gemeinnützige Vereine, Eltern-Initiativen, Unternehmen, Kirchen ausgegliedert und zahlt ihnen nur eine Pauschale. Diese Pauschale jedoch wird nicht in Ansätzen so viel und so schnell angehoben wie die Preise.

In der Vergangenheit haben die Einrichtungen das fehlende Geld durch Kürzungen beim Personal und beim Angebot ausgeglichen. Doch nun sind die steigenden Preise so hoch, dass selbst das teilweise nicht mehr funktioniert. Die Regierung freut sich, denn sie hat ja sowieso angekündigt, in allen sozialen Bereichen zu sparen. Durch die Pleitewelle spart sie viel Geld, ohne noch irgendwas dafür tun zu müssen.

Streiks im Einzelhandel: Wir wollen keine Almosen, sondern mehr Lohn!

Seit Monaten streiken immer wieder Arbeiter*innen im Einzelhandel für ihre Forderung nach 2,50 Euro mehr Stundenlohn. Viele von ihnen arbeiten für große Konzerne wie Rewe, Ikea, Kaufland, Primark... Diese Konzerne haben sich an den gestiegenen Preisen ordentlich bereichert. Doch sie weigern sich, die Löhne an die Preise anzupassen. Mehr noch: Primark hat seinen Beschäftigten tatsächlich erklärt, in der Krise müssten die Beschäftigten halt lernen, bei ihren Wünschen zu sparen. Auch sollten sie sich bei der Regierung erkundigen, ob diese nicht „finanzielle Unterstützung für Menschen in finanziellen Notlagen bereitstellen“ würde!



Zu streiken ist besonders schwer, wenn man nur ein dutzend Beschäftigte pro Laden und unter dem direkten Druck des Chefs ist. Viele haben obendrein nur einen Minijob. Dennoch legen viele tausende Verkäufer*innen seit Monaten hartnäckig immer wieder die Arbeit nieder.

Mehrere Konzerne wie Rewe, Lidl/Kaufland und Netto Nord haben erklärt, angesichts des langen Tarifstreits ab sofort „freiwillig“ rund 0,85 Euro die Stunde mehr zu zahlen. Die Konzern-Chefs glauben ernsthaft, dass durch dieses billige Manöver ihre Beschäftigten nicht mehr mitstreiken. Doch dass sie mit 0,85 Euro abgespeist werden sollen – von einigen der reichsten Konzerne Deutschlands – könnte die Wut und Entschlossenheit der Streikenden eher verstärken.

Krankenkassen-Mafia

Viele Krankenkassen haben Patienten mit illegalen Methoden unter Druck gesetzt, um ihnen keine Kur, Hörgeräte oder sonstige Leistungen bezahlen zu müssen.

Oft lehnen die Krankenkassen Anträge auf solche Leistungen erstmal einfach ab. Doch fast die Hälfte der 200.000 Patienten, die pro Jahr dagegen Widerspruch einlegen, bekommt recht – und die Krankenkassen müssen zahlen.

Um das zu verhindern, haben eine Reihe Krankenkassen ihre Beschäftigten schriftlich angewiesen, die Betroffenen quasi durch Telefon-Terror zu bearbeiten. Obwohl das verboten ist, müssen sie die Betroffenen mehrfach anrufen und (mit Lügen und Halb-Wahrheiten) dazu drängen, den Widerspruch zurückzunehmen. Auch schickt die Krankenkasse den Patienten Briefe, die bewusst den falschen Eindruck vermitteln, der Widerspruch sei bereits abgelehnt.

Widerspruchslos zahlen die Krankenkassen hingegen jede noch so dreiste Erhöhung der Preise, die die Konzerne für Medikamente und medizinische Geräte verlangen. Erst gerade hat die Regierung wieder eine Preiserhöhung von bis zu 50% bei manchen Medikamenten gebilligt. Und dieses Geld muss man ja irgendwo wieder einsparen... notfalls auch mit Mafia-Methoden.

Solche Vorbilder hat man gerne

Seit dem 15. Dezember streiken die Arbeiter*innen der Autoindustrie in den USA. Zum ersten Mal streiken Werke von General Motors, Ford und Stellantis gemeinsam. Sie fordern:

- ◆ 46% mehr Lohn für die nächsten 4 Jahre,
- ◆ eine jährliche Erhöhung aller Lohn-Zusatzleistungen entsprechend der Inflation,
- ◆ die Abschaffung aller Verschlechterungen, die in den letzten Jahren für neu eingestellte Arbeiter eingeführt wurden – und gleiche Bedingungen und Rechte für die Leiharbeiter*innen.

Gerade die Industrie-Bosse erzählen derzeit doch so gerne, dass in den USA angeblich alles einfacher und billiger für sie wäre und wir uns ein Beispiel an den USA nehmen sollten. Uns an ihnen ein Beispiel nehmen? Ja, vielleicht sollten wir das wirklich.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!